



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist Redebeginn

Nr. 265 / 2013

Soziales / Landeskinderschutzgesetz

Kiel, Donnerstag, 30. Mai 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Bundesregierung unterstützt Familienhebammen und Frühe Hilfen

In ihrer heutigen Rede zu Top 51 (Landeskinderschutzbericht) erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Es freut mich, dass wir in diesem wichtigen sozialpolitischen Thema fraktionsübergreifend dahingehend einig sind, dass wir Erziehenden zukünftig mehr Aufmerksamkeit schenken und sie bei ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen wollen. Die lokalen Netzwerke der Frühen Hilfen sind der richtige Ansatzpunkt, um ein entsprechend niedrighschwelliges Angebot gewährleisten zu können. Und wir Liberale begrüßen es ausdrücklich, dass es mittlerweile gelungen ist, die Schwangerschaftsberatungsstellen fast überall einzubinden, und dass die Vernetzung überall vorangetrieben wird. Innerhalb der Netzwerke müssen aus liberaler Sicht auch die ehrenamtlichen Strukturen gestärkt werden. Die Vielfalt vor Ort muss erhalten bleiben. Erfolgreiche Projekte, wie die Schutzengel in Flensburg geben die richtigen Impulse. Kreise und kreisfreie Städte stehen in der Verantwortung, bedarfsgerechte Angebote vor Ort vorzuhalten.“

Der Bericht verweist zudem ausführlich auf die wichtige Funktion der Familienhebammen hin. Zwar liegen keine systematischen Bedarfsschätzungen vor, jedoch wird darauf verwiesen, dass die Versorgung im überwiegenden Maße leider noch unzureichend ist. Ich teile in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Einschätzung von Ministerin Alheit, dass die Familienhebammen eine Schlüsselrolle im Bereich der Frühen Hilfen einnehmen können. Umso erfreulicher ist es, dass von Bundeseite dieses Problem angegangen wird. Die Bundesregierung hat also geliefert und 120 Mio. Euro für die Familienhebammen und das Nationale Zentrum Frühe Hilfen bereitgestellt. Schleswig-Holstein bekommt zunächst 1,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.“